

Tagungsort: Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr
Quellenhofweg 36

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:20 Uhr

Vorsitz

Frau Kerstin Busch Bezirksbürgermeisterin

Herr Peter Brunnert Fraktionsvorsitzender

Herr Harald Klein
Frau Janine Steinberg
Frau Karin Weber-Brehm

Frau Heike Kollmeier Fraktionsvorsitzende
Herr Marco Kollmeier
Herr Henry Schuckmann

Frau Elke Gerdes
Herr Aleksander Miladinović Fraktionsvorsitzender

Frau Ulrike Koch
Herr Carsten Strauch

Stellv. Bezirksbürgermeister,
Fraktionsvorsitzender

Herr Gebhard Spilker

Frau Ina Trüggelmann	Bezirksamt Brackwede, Amtsleitung
Frau Ivonne Berg	Bezirksamt Brackwede, stellv. Amtsleitung
Frau Kirsten Leesemann	Bezirksamt Brackwede, Schriftführung

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dirk Althoff

AfD

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Busch begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung zur 04. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum sowie deren Beschlussfähigkeit fest.

Frau Busch teilt mit, dass nach Versendung der Unterlagen noch drei Anfragen der CDU-Fraktion sowie eine Antwort der Verwaltung im Rahmen der Beschlusskontrolle fristgerecht, aber nach Erstellung und Versand der Einladung eingegangen seien. Sie schlägt daher vor, gemäß des § 17 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Bielefeld (GeschO Rat) die Tagesordnung um die neuen Punkte 4.2 „Künftige Rattenbekämpfung in Stadtteil Gadderbaum“, 4.5 „Gefahrensituation am Fußgängerüberweg Johannistal“, 4.6 „Mitteilung des Amtes für Verkehr zum Verkehrsdisplay im Johannistal vom 26.11.2025“, sowie 13.1 „Bürgereingabe gem. § 24 GO zu Reflektoren an Schildpfählen an der Artur-Ladebeck-Straße“ zu erweitern.

Frau Busch begrüßt überdies die neue, stellvertretende Leiterin des Bezirksamtes Brackwede, Frau Ivonne Berg.

Frau Berg stellt sich der Bezirksvertretung Gadderbaum vor. Sie teilt mit, die Stelle zum 16.02. angetreten zu haben und sich auf die künftige Zusammenarbeit zu freuen.

Frau Busch stellt fest, dass es darüber hinaus zur Tagesordnung keine Anmerkungen oder Änderungswünsche im öffentlichen Teil gäbe.

Sodann fasst die Bezirksvertretung Gadderbaum folgenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um die Punkte 4.2 „Künftige Rattenbekämpfung in Stadtteil Gadderbaum“, 4.5 „Gefahrensituation am Fußgängerüberweg Johannistal“, 4.6 „Mitteilung des Amtes für Verkehr zum Verkehrsdisplay im Johannistal vom 26.11.2025“, sowie TOP 13.1 „Bürgereingabe gem. § 24 GO zu Reflektoren an Schildpfählen an der Artur-Ladebeck-Straße“ erweitert.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Gadderbaum

Frau Busch fragt nach, ob es Einwohner*Innenfragen gäbe.

Es werden keine Fragen gestellt.

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 03. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 15.01.2026

Frau Busch bittet um Kenntnisnahme der Niederschrift und informiert überdies, dass das Protokoll nicht genehmigt werden muss. Durch die Unterschrift der Protokollführerin und die Unterschrift der Bezirksbürgermeisterin ist es zu einem Dokument geworden.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt die Niederschrift ohne weitere Einwände zur Kenntnis.

Zu Punkt 3

Mitteilungen

Mitteilungen der Bezirksbürgermeisterin

Betheler Frühjahrsputz: 07.03., Beginn 10 Uhr im Garten der Neuen Schmiede

Osterfeuer der Freiwilligen Feuerwehr Gadderbaum/Bethel: So, 05.04.2026 ab 17 Uhr

Musik auf dem Saronplatz 12.09.2026

Mitteilungen der Verwaltung

Bildung von Kinderschutznetzwerken – Netzwerk Brackwede/Gadderbaum aus dem Dezernat 5

Amphibienschutzmaßnahmen 2026 im Stadtbezirk Gadderbaum, Umweltamt

Endgültige Fassung des Sitzungskalenders für 2026

Organisation des Außendienstes beim Ordnungsamt: Einsatzgeschehen in den verschiedenen Stadtbezirken, Ordnungsamt

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4

Anfragen

Zu Punkt 4.1

Anton Rufbus im Stadtteil Gadderbaum **Anfrage der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen"**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0565/2025-2030

Frau Busch merkt an, dass die Anfrage und die Stellungnahme der Verwaltung im Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme zur Verfügung ständen.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4.2

Künftige Rattenbekämpfung in Stadtteil Gadderbaum **Anfrage der CDU-Fraktion**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0624/2025-2030

Frau Busch merkt an, dass die Anfrage und die Stellungnahme der Verwaltung im Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme zur Verfügung ständen.

Frau Kollmeier merkt an, dass die Stellungnahme der Verwaltung nicht der tatsächlichen Situation entspräche, sie jedoch diesbezüglich bereits Kontakt zum Fachamt aufgenommen habe.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 4.3 Zuständigkeit für das Reinigen des Gullys auf dem Platz
Eggeweg/Höchte
Anfrage der Fraktion Die Linke**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0393/2025-2030

Frau Busch merkt an, dass die Anfrage und die Stellungnahme der Verwaltung im Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme zur Verfügung ständen.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 4.4 Saisonaler Krötenschutzzaun im Johannistal
Anfrage des Einzelvertreters der FDP**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0427/2025-2030

Frau Busch erklärt, dass die Anfrage und die Stellungnahme der Verwaltung im Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme zur Verfügung ständen.

Herr Spilker teilt mit, dass eine Bekanntgabe der Zahlen nach Auswertung an die Bezirksvertretung Gadderbaum gewünscht sei.

Herr Spilker macht überdies darauf aufmerksam, dass die Arbeit der ehrenamtlichen Sammlerinnen und Sammler sehr gefährlich sei: Die Stelle am Berg sei steil und zudem noch an einer stark befahrenen Straße gelegen. Hier bestünde Lebensgefahr.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.5 Gefahrensituation am Fußgängerüberweg Johannistal

Anfrage der CDU-Fraktion

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0628/2025-2030

Eine Antwort der Verwaltung lag zur Sitzung nicht vor.

-vertagt-

-.-.-

Zu Punkt 4.6

Mitteilung des Amtes für Verkehr zum Verkehrsdisplay im Johannistal vom 26.11.2025

Anfrage der CDU-Fraktion

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0629/2025-2030

Frau Trüggelmann verliest die Antwort der Verwaltung, welche ebenfalls im Ratsinformationssystem hinterlegt sei.

Herr Spilker merkt kritisch an, dass seit dem Melden der Fehlfunktion bis heute ca. 1,5 Jahre vergangen seien. Er bittet das Fachamt um Mitteilung, ob das Display für die Fahrtrichtung stadtauswärts wieder auf der rechten Seite der Fahrbahn positioniert werde, oder ob es sich bei der aktuellen Maßnahme um den letzten Stand handele.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.7

Anbringung eines Aschenbechers an der Bushaltestelle „Talblick“

Anfrage der Fraktion Die Linke

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0424/2025-2030

Frau Busch ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Eine Antwort der Verwaltung lag zur Sitzung nicht vor.

-vertagt-

-.-.-

Zu Punkt 4.8

Neue intelligente Verkehrslösung für die Artur-Ladebeck-Straße in Gadderbaum

Anfrage des Einzelvertreters der FDP

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0519/2025-2030

Frau Busch verweist auf die Anfrage und die Stellungnahme der Verwaltung, welche im Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme zur Verfügung ständen.

Herr Spilker erklärt, nicht mit der Antwort des Amtes für Verkehr zufrieden zu sein. Diese sei inhaltlich enttäuschend und ambitionslos. Er habe nicht vom Amt für Verkehr verlangt, den Zeitpunkt eines OWD-Ausfalles vorherzusagen, sondern nach der proaktiven Simulation solcher Ausfälle und daraus abgeleiteter Notfallpläne.

Herr Schuckmann regt an, die Thematik dem Verkehrsgipfel von Frau Oberbürgermeisterin Bauer als Impuls mitzugeben.

Herr Spilker befürwortet die Vorgehensweise.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 5 Unerledigte Punkte vorangegangener Tagesordnungen

Zu Punkt 5.1 Straßenbegleitflächen am Ostwestfalendamm (OWD) in Gadderbaum Anfrage der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0191/2025-2030

Frau Busch ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Trüggelmann verliest die Antwort von StraßenNRW, welche ebenfalls im Ratsinformationssystem hinterlegt sei.

Herr Brunnert merkt an, dass die Angelegenheit ebenfalls Thema im Naturschutzbeirat gewesen sei. Hier habe eine Fachvertreterin angemerkt, dass der Rückschnitt nicht im Sinne der Vorschrift erfolgt sei.

Herr Spilker erklärt, sehr zufrieden mit der Verbuschung gewesen zu sein und erkundigt sich, wieso die Büsche nicht belassen wurden.

Herr Strauch erklärt, dass die Antwort von StraßenNRW an und für sich gut klinge. Er habe aber beobachtet, dass der Rückschnitt im selben Umfang in Brackwede erfolgt sei. Die Vorgehensweise erscheine dadurch wie ein Sparkonzept. StraßenNRW sollte Kenntnis darüber erhalten, dass die Bezirksvertretung Gadderbaum nicht mit der Vorgehensweise einverstanden sei.

Frau Trüggelmann nimmt die Unmutsäußerung zur Kenntnis und wird dem Fachamt diesbezüglich eine Rückmeldung geben.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

**Zu Punkt 5.2 Zuständigkeit Straße Johannistal
Anfrage der CDU-Fraktion**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0275/2025-2030

Frau Busch merkt an, dass die Anfrage und die Stellungnahme der Verwaltung im Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme zur Verfügung ständen.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

**Zu Punkt 5.3 Anzahl der Elterntaxis nach Errichtung der Schulstraße in
Gadderbaum
Anfrage der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen"**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0245/2025-2030

Frau Busch merkt an, dass auch hier die Anfrage und die Stellungnahme der Verwaltung im Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme zur Verfügung ständen.

Herr Schuckmann bittet die Fachverwaltung darum, der Bezirksvertretung Gadderbaum das Ergebnis des Verkehrsversuchs nach 6 Monaten mitzuteilen.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 6 Anträge

**Zu Punkt 6.1 Kennzeichnung einer „Plauderbank“ im Botanischen Garten
Antrag der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen"**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0506/2025-2030

Frau Busch ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Schuckmann befindet den Vorschlag für gut. Weiterhin regt er an, dass, soweit der Vorschlag umgesetzt werde, die Presse hierüber informiert werden solle.

Herr Miladinovic erkundigt sich, von wem die Plauderbank instandgehalten werde.

Sodann fasst die Bezirksvertretung Gadderbaum folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum empfiehlt der Verwaltung, in Absprache mit der Leitung des Botanischen Gartens und des Fördervereins „Freunde des botanischen Gartens Bielefeld“ folgende Vorgehensweise: Die bereits vorhandene Bank oberhalb des Bachlaufs mit Blick auf den Apothekergarten im Botanischer Garten (s. Skizze) soll als Plauderbank im Sinne des Beschlusses des Seniorenrates vom 21.05.2025 (Ds. 10145/2020-2025) gekennzeichnet werden.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 6.2

Zaunanlage ehem. Deponie Galgenheide
Antrag der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0586/2025-2030

Frau Busch verweist auf den Beschlussvorschlag und bittet um Abstimmung.

Herr Brunnert führt aus, dass der Zaun an verschiedenen Stellen geflickt wurde. Sein Zustand sei jedoch weiterhin schlecht, an vielen Stellen seien große Löcher vorhanden. Er sehe vor allem die Gefahr in den Ausdünstungen der Deponie. Personen, denen die Örtlichkeit bekannt sei, können die Gefahr einschätzen. Ortsfremden seien diese jedoch nicht bekannt. Der Zaun sollte ein unbefugtes Betreten verhindern, um vor Gefahren zu schützen. Er wünsche sich daher eine Berichterstattung, welche umfänglich über die aktuelle Situation der Deponie informiere.

Herr Strauch merkt an, dass noch ein Gutachten des Umweltamtes zu den Ausdünstungen der Deponie ausstünde, dessen Ergebnis an der Stelle ebenfalls von Interesse sei.

Herr Strauch erkundigt sich überdies, ob der Zaun lediglich zur Abgrenzung der Deponie vorhanden sei, oder ob er ebenfalls das Betreten des Naturschutzgebietes verhindern solle.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum fasst folgenden, abweichenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung um einen Bericht zur Zaunanlage auf der ehemaligen Deponie „Galgenheide“ mit Berichterstattung.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 7 Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NRW

Zu Punkt 7.1 Bürgeranfrage "Direkte Busanbindung zum Freibad Gadderbaum während der Freibad-Saison"

Frau Busch ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Spilker befürwortet die Prüfung einer direkten Busanbindung. Hiermit würden das Freibad, gesellschaftlicher Zusammenhalt, sowie eine Entzerrung der Verkehrssituation gefördert. Fraglich sei, wie sich moBiel dazu äußere.

Herr Schuckmann schließt sich der Einschätzung an. Insbesondere für Kinder und Jugendliche sei die Maßnahme interessant. Nicht jedes Kind könne mit dem Elterntaxi zum Freibad gebracht werden. Eine Busanbindung sei somit besonders in ihrem Sinne.

Hannelore Pfaff äußert sich als beratendes Mitglied sowie in ihrer Funktion als Vertreterin des Freibadvereins:

Sie befürworte eine direkte Verbindung. Allerdings befürchte sie, dass ein großer Bus kaum durchkomme, wenn das Freibad voll und Parkplatz und anliegende Straßen zugeparkt seien. Hier komme dann bestenfalls ein kleiner Bus durch.

Sie schlägt überdies vor, die Bushaltestelle „Kükenshove“ in „Freibad“ umzubenennen.

Frau Kollmeier erklärt, einer direkten Busverbindung zunächst sehr positiv gegenübergestanden zu haben. Nunmehr sehe sie jedoch auch ein Sicherheitsrisiko darin, dass viele Kinder im Sommer mit dem Fahrrad ins Freibad führen und nun noch der Busverkehr dort entlanggehen solle.

Herr Strauch findet Bürgeranfrage prüfenswert, glaubt aber nicht, dass der Bus bei vollem Parkplatz am Freibad wenden kann. Eine unplanmäßige Fahrzeitverlängerung macht den Busverkehr für nicht Freibadbesucher unattraktiver. Das wäre bei der Entscheidung zu beachten.

Herr Miladinovic begrüßt eine Prüfung der Anbindung, sowie den Vorschlag von Frau Pfaff zur Umbenennung der Bushaltestelle. Weiterhin sollte eine Zuwegung von der Bushaltestelle zum Freibad gekennzeichnet werden.

Herr Spilker befürwortet eine Umbenennung der Bushaltestelle nicht. Es gäbe zum Beispiel auch die Schulen dort. Das Freibad sei nicht der einzige Bezugspunkt

Frau Busch schlägt vor, den Prüfauftrag zunächst an die Verwaltung weiterzugeben und die Antwort abzuwarten. Eine Umbenennung der

Bushaltestelle „Kükenshove“ in „Freibad“ könne man in Abhängigkeit vom Prüfergebnis noch in Angriff nehmen.

Die Mitte der Bezirksvertretung Gadderbaum stimmt dem Vorgehen zu.

Frau Busch bittet um Beschlussfassung.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum folgt der Bürgeranfrage gem. §24 GO NRW und regt die Verwaltung an, zu prüfen, ob während der Freibad-Saison eine direkte Busanbindung zum Freibad Gadderbaum eingerichtet werden kann, idealerweise mit einem zusätzlichen Halt unmittelbar am Freibad. Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet darum, über das Ergebnis der Prüfung informiert zu werden.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 7.2

Anregung und Beschwerde "Laser-Fußgänger-Schutzsystem am Zebrastreifen / Mehr Sicherheit im Johannistal"

Frau Busch ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Spilker befindet den Vorschlag für interessant, da die technische Lösung direkt ins Auge falle. Das Amt für Verkehr sollte die Lösung prüfen und Stellung beziehen.

Frau Kollmeier schließt sich der Meinung an. Sie empfinde diese Lösung als sinnvoll, da sie direkt vor der Kindertagesstätte gelegen sei. Dort tätig zu werden, sei erforderlich.

Herr Strauch schließt sich an und befürwortet ebenfalls eine Prüfung.

Herr Klein merkt an, dass die Situation vor Ort eindeutig geregelt sei: Durch Beleuchtung sei der Fußgängerüberweg zu erkennen, eine Tempo-30-Regelung sei bereits vorhanden. Eine solche technische Ausstattung würde an der Situation nicht viel ändern.

Frau Busch lässt die Antragstellerin Frau Vogel zu Wort kommen und unterbricht die Sitzung für 10 Minuten.

Herr Kollmeier wirft ein, dass der Hersteller der Anlage mit Sicherheit über Auswertungen des Systems verfüge, welche Aussagen zur Effektivität treffen können. Er erklärt, es sei sein Eindruck, dass Fachamt pendele nur zwischen den Optionen „Ampel“ und „Blitzer“, dabei gäbe es dazwischen viele weitere Möglichkeiten.

Herr Spilker regt überdies an, den Parkstreifen vor dem Fußgängerüberweg mit Hindernissen zu bestücken, um ein Parken zu verhindern und so das Sichtfeld zu erweitern und bittet darum, ein entsprechendes Beispielfoto aus seinen Unterlagen im

Ratsinformationssystem zu hinterlegen.

Herr Kollmeier weist auf das bereits gesetzlich geregelte Parkverbot vor Fußgängerüberwegen hin. Er schlägt stattdessen vor, Falschparker durch Politessen ahnden zu lassen.

Frau Busch bittet um Beschlussfassung.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum folgt der Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW und regt die Verwaltung zur Prüfung einer zusätzlichen technischen Lösung für den Fußgängerüberweg im Johannistal an, insbesondere das spezielle Laser-Fußgänger-Schutzsystem der Blüten Verkehrs- und Sicherheitstechnik GmbH „SafeXOne“. Überdies wird die Verwaltung darum gebeten, die Einrichtung eines stationären Geschwindigkeitsmessgerätes „Blitzer“, sowie die Erweiterung des Sichtfeldes für den Zebrastreifen zu prüfen.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Bericht zur Anlassunfallkommission 2025-V

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0177/2025-2030

Frau Busch verweist auf die Vorlage der Verwaltung und bittet um Kenntnisnahme

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9

Bericht zur Jahres- und Anlassunfallkommission 2025-III

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0447/2025-2030

Frau Busch ruft den Tagesordnungspunkt auf und bittet um Kenntnisnahme.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 10

Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2026/2027

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0376/2025-2030

Frau Busch verweist auf die Vorlage und bittet um Beschlussfassung.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum fasst folgenden

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Gadderbaum stellt den durch die Jugendhilfeplanung und Trägergespräche ermittelten Bedarf an Betreuungsplätzen für das Kindergartenjahr 2026/2027 und deren Verteilung entsprechend der Anlagen 1 und 2, die Bestandteil des Beschlusses sind, fest und beauftragt die Fachverwaltung, diesen bis zum 15.03.2026 an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe, LWL-Landesjugendamt, zu melden:

Gruppenform		Platzzahl* Tageseinrich- tungen	davon unter 3 Jahre	davon über 3 Jahre	Platzzahl** Kindertages- pflege
I = Kinder im Alter von zwei Jahren bis zur Einschulung	Ia (25 Std.)	56	1.169	3.448	
	Ib (35 Std.)	2.153			
	Ic (45 Std.)	2.408			
II = Kinder im Alter von unter drei Jahren	IIa (25 Std.)	15	15		
	IIb (35 Std.)	977	977		
	IIc (45 Std.)	976	976		
III = Kinder im Alter von drei Jahren und älter	IIIa (25 Std.)	99		99	
	IIIb (35 Std.)	3.087		3.087	
	IIIc (45 Std.)	3.211		3.211	
Summe		12.982	3.137	9.845	850 davon U3 = 850 davon Ü3 = 0

*Abweichungen zwischen den beim Land anzumeldenden Plätzen ($12.982 + 850 = 13.832$) und der Gesamtzahl der Plätze (13.905) ergeben sich aus der Tatsache, dass 73 Plätze in heilpädagogischen Gruppen nicht über das Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) gefördert werden und insofern bei der Meldung an das Land NRW keine Berücksichtigung finden können.

**Bei der Platzzahl im Bereich der Kindertagespflege handelt es sich um eine Planzahl. Es ist erforderlich, diese Planzahl beim Land anzumelden, da regelmäßig im Laufe eines Kindergartenjahres neue Kindertagespflegeplätze geschaffen werden und für diese dann direkt die Gelder zur Verfügung stehen.

2. Plätze für Schulkinder in der Kindertagesbetreuung sind nach aktuellem Stand nicht anzumelden. Sollten später Schulkinder in Kindertagesbetreuung aufgenommen werden, sind diese nachzumelden.

3. Gegenüber dem Land NRW sind auf der Basis der zurzeit

vorliegenden Bewilligungsbescheide des Landesjugendamtes 420 Plätze in Kindertageseinrichtungen für Kinder mit (bestehender oder drohender) Behinderung (sog. Integrationsplätze) anzumelden. Hiervon entfallen fünf Plätze auf Kinder unter drei Jahren und 415 Plätze auf Kinder über drei Jahren bis zum Schuleintritt. Kinder mit (bestehender oder drohender) Behinderung, für die zu einem späteren Zeitpunkt Bewilligungen durch das Landesjugendamt ausgesprochen werden, sind nachzumelden.

4. Plätze in Kindertageseinrichtungen, die im Rahmen von Investitionsprogrammen für Kinder unter drei Jahren seit 2008 gefördert wurden, sind vorrangig mit Kindern zu belegen, die das dritte Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Die Verwaltung wird ermächtigt, für das Kindergartenjahr 2026/2027 im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung begründete Einzelfallregelungen gemäß § 55 Abs. 2 Satz 2 KiBiz zu den vorstehend genannten Plätzen zu treffen, wonach ein investiv geförderter Betreuungsplatz für ein Kind unter drei Jahren mit einem Kind im Alter ab drei Jahren belegt werden darf.
5. Plätze für Kinder mit (bestehender oder drohender) Behinderung in Kindertagespflege sind nach aktuellem Stand nicht anzumelden. Sollten später Kinder mit (bestehender oder drohender) Behinderung in Kindertagespflege aufgenommen werden, sind diese nachzumelden.
6. Als Bemessungsgrundlage für den Landeszuschuss zur Fachberatung von Kindertagespflege nach § 47 KiBiz sind 200 Kindertagespflegepersonen anzumelden. Sollten später mehr Kindertagespflegepersonen tätig sein, sind diese nachzumelden.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2027 die erforderlichen Mittel einzuplanen bzw. den Haushalt für das Jahr 2026 unter Berücksichtigung der Veränderungen umzusetzen.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 11 Bezirkliche Sondermittel

Zu Punkt 11.1 Antrag auf bezirkliche Sondermittel der Freiwilligen Feuerwehr LA Gadderbaum

Frau Busch ruft den Tagesordnungspunkt unter Verweis auf den schriftlich eingereichten Antrag der Freiwilligen Feuerwehr Gadderbaum/Bethel auf.

Frau Trüggelmann weist auf die aktuellen hinterlegten Bewirtschaftungsregeln hin, die der Stadtkämmerer für die Monate Januar und Februar 2026 erlassen habe. Neue freiwillige Leistungen

seien demnach stets unzulässig. Aus diesem Grund würden alle Anträge auf bezirkliche Sondermittel derzeit bis März zurückgestellt. Es gäbe allerdings "alte", auf Vertrauen basierende Abmachungen wie z. B. die Unterstützung der Feuerwehr beim Osterfeuer. Bei dieser Aufwendung läge zwar keine rechtliche Verpflichtung vor, aber es seien bisherige fortdauernde freiwillige Aufwendungen, welche auf Vertrauen basieren und auch jetzt zur Sicherung der Veranstaltungen beschlossen werden müssten.

Die Mitte der Bezirksvertretung Gadderbaum befindet die Unterstützung der Veranstaltung für richtig und gut.

Herr Schuckmann regt an, künftig eine alternative Finanzierung des Osterfeuers zu überlegen, da die finanzielle Situation der Stadt Bielefeld nicht leichter werde.

Herr Miladinovic befürwortet den Antrag und unterstreicht die Bedeutung des Osterfeuers für den Stadtbezirk. Er regt jedoch an, eine Spendenbox auf der Veranstaltung zu platzieren, um die Durchführung auch für die Zukunft zu sichern.

Herr Spilker erklärt, dass es sich bei dem Osterfeuer um ein niederschwelliges Angebot handele, welches zwanglos bleiben sollte. Eine Spende sollte daher an der Stelle nicht nachgefragt werden.

Frau Kollmeier bietet an, bei der Spendenakquise behilflich sein zu können.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum beschließt, der Freiwilligen Feuerwehr, Löschabteilung Gadderbaum, 500€ aus den bezirklichen Sondermitteln für die Finanzierung des Gadderbaumer Osterfeuers 2026 zu gewähren.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 12

Gründung der Arbeitsgruppe "Anregungen und Wünsche vom Jahresempfang 2025"

Frau Busch ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Busch schlägt vor, die Arbeitsgruppe an einem gemeinsamen Termin mit der Arbeitsgruppe „Jahresempfang“ abzuhalten.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum fasst folgenden

Beschluss:

Es ist eine Arbeitsgruppe gem. § 21 Abs. 1 GeschO Rat „Anregungen und Wünsche vom Jahresempfang 2025“ einzurichten. Hieran werden folgende Mitglieder teilnehmen:

Frau Busch, Frau Koch, Herr Miladinovic, Herr Schuckmann, Herr Spilker, Frau Steinberg, Herr Strauch und Frau Weber-Brehm.

Die Arbeitsgruppe wird zunächst für die Anzahl von 5 Terminen gegründet.

- einstimmig beschlossen -

**Zu Punkt 13 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Frau Busch weist darauf hin, dass die Poller am Quellenhofweg durch entsprechende Verkehrszeichen ersetzt wurden.

**Zu Punkt 13.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO zu Reflektoren an Schildpfählen
an der Artur-Ladebeck-Straße**

Frau Busch verweist auf die Stellungnahme des Amtes für Verkehr zur Bürgereingabe des Herrn Dr. Schem, welche ebenfalls im Ratsinformationssystem hinterlegt sei.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

Kerstin Busch

Kirsten Leesemann